

Der Kanzlerwechsel.

In einigen Blättern war der Versuch gemacht worden, die Rücktrittserklärung des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow, die er am 28. d. dem Kaiser unterbreitet hat, in ihrer Bedeutung abzuschwächen. Demgegenüber veröffentlicht die Nord. Allg. Zeit. öffentlich mit Zustimmung des Reichskanzlers folgende Erklärung: „Der Reichskanzler hat den Kaiser um seine

sofortige Entlassung

gebeten. Seine Majestät hat sich zur sofortigen Erfüllung dieses Wunsches nicht zu entschließen vermögen und hat den Reichskanzler unter warmer Betonung seiner großen, in zwölftägiger Ministerialzeit der Krone und dem Lande geleisteten Dienste dringend gebeten, sein Amt noch so lange zu führen, bis die Reichsfinanzreform, deren Erledigung eine nationale Notwendigkeit sei, zustande gebracht wäre. Der Kaiser hat sich dabei von der Überzeugung leiten lassen, daß es am allerersten dem Fürsten v. Bülow gelingen werde, das Werk unter Abweitung der dem Gesamtinteresse schädlichen und daher für die verbündeten Regierungen unannehbaren Steuervorschläge zu Ende zu führen. Dem Gesuchen des Kaisers hat der Reichskanzler sich nicht entziehen wollen. Jedoch ist er mit Rücksicht auf die politische Entwicklung, die durch die Abstimmung über die Gewerbesteuer ihren Ausdruck gefunden hat,

unwiderrücklich entschlossen, alsbald nach Erledigung der Finanzreform aus dem Amt zu scheiden.“

Danach muß also mit einem Kanzlerwechsel als mit einer unumstößlichen Tatsache gerechnet werden. Niemand hätte noch vor kurzer Zeit gedacht, daß Fürst Bülows neuntägige Kanzlerärauge in dem Augenblick mit einer Niederlage enden würde, wo er sich mit unermüdlicher Ausdauer und eisernem Fleiß dem Zustandekommen eines nationalen Werkes widmete. Nach manchem Hesitation und manchem Erfolge mußten die Männer dieser Ausgang der Geschichte der Finanzreform um so schwerlicher berührt, als er sein Lebenswerk mit seinem Siege krönen, und auch die Finanzreform, sein bedeutsamstes Werk, nicht vollendet sehen kann.

Die konservative Partei behauptet, daß sie den Kanzler nicht zum Rücktritt gedrängt habe. Ein Parlamentarier äußerte sich diesbezüglich zu einem Vertreter des B.L.A.:

Ein Grund für den Reichskanzler, abzudanken oder sein Rücktrittsgesetz aufrecht zu erhalten, liegt nicht vor. Bis jetzt hat es keiner Minister in irgendeinem Staat gegeben, dem eine

ungeheuer hohe Steuerbelastung

des Volkes auf einmal bewilligt worden ist, wie es jetzt im Reichstage geschehen ist. Wenn man sich auf den parlamentarischen Standpunkt stellt, so muß man folgerichtig sagen: Wenn eine Partei dem Reichstage diese Masse Steuern bewilligt, so zeigt sie dadurch nicht, daß sie ihn befürworten will. Im allgemeinen nimmt man doch an, daß es gerade ein Akt der Unterstützung der Politik des leitenden Staatsmannes ist, wenn man diesem Steuern bewilligt. Die Konservativen haben ja oft genug wiederholt, daß sie auf dem Standpunkt stehen, daß das Verbleiben des Reichskanzlers im Amt lediglich von seiner Entscheidung und von der des Kaisers abhängt. Mehrheitsbeschlüsse der Parlamente sollen darauf keinen Einfluss haben.“

Durch den Entschluß des Reichskanzlers, unter allen Umständen aus dem Amt zu scheiden, ist aber

die Lage keineswegs geklärt.

Das Schicksal der Finanzreform ist noch immer unentschieden wie vorher.

Wie verlautet, hatte der konservative Reichstagabgeordnete Führ. v. Rüchholz eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler, bei der wahrscheinlich über die Eröffnung des Fürsten v. Bülow an die konservative Partei gesprochen worden ist.

Als unrichtig wird es bezeichnet, daß der Bundesrat der Konservativensteuer in irgendeiner

Bestatt schließlich zustimmen könnte. Diese Steuer bleibt für die verbündeten Regierungen nach wie vor in jeder Form unannehmbar.

Gesichtsweise verlautet, Fürst Bülow sei entschlossen, wenn es nicht anders geht,

vorläufig die Verbrauchssteuern

anzunehmen, dann den Reichstag zu verlassen und die Besitzsteuern erst im Herbst in Angriff zu nehmen.

Es fragt sich nun, was geschehen wird, wenn die Arbeiten der neuen Mehrheit zu keinem Ergebnis führen, oder aber wenn sie Beschlüsse zeitigen, die für die verbündeten Regierungen unannehmbar wären. Dann müßte der Bundesrat zu dem schon vor einigen Tagen von vielen Seiten empfohlenen Mittel der

Reichstag-Auslösung

schreiten, und da Fürst Bülow ja bis zur Erledigung der Finanzreform im Amt bleiben will, könnte er sich vor einem neuen Reichstage vielleicht überzeugen, daß jeder Grund zum Rücktritt hinlänglich geworden sei. Die Frage ist, ob dann der Kanzler im Amt bleiben würde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kaiser Wilhelm wird zwischen den 15. und 25. September zur Einweihung der neuen preuß. Gefandtschaft in München und der ihm gehörenden Schatzgalerie nach München kommen. Der Prinz-Regent unterrichtet für die Zeit des kaiserlichen Besuches seinen Jagdaufenthalt im Gebirge.

In unterrichteten Kreisen heißt es, der Reichsstaatssekretär Sydow werde infolge der letzten Entscheidungen des Reichstages seine Entlassung nehmen. Zu seinem Nachfolger ist Geheimrat Wittig, der jetzige Direktor der Nationalbank für Deutschland, ausgesucht. Dieser wird dann im Herbst mit der Aufgabe betraut werden, eine neue Erbansfallssteuer dem Reichstag vorzulegen und durchzuführen.

Staatssekretär Dernburg und der Unterstaatssekretär v. Bindenau haben von Polen aus mit der Bekämpfung von Ansiedlungsgütern begonnen.

Dem Reichstage ist ein Abkommen zwischen Deutschland und Dänemark, bei dem gegenseitigen Schutz der Muster und Modelle, zugegangen. Nach dem Abschluß soll der Schutz der Muster und Modelle in beiden Staaten unabhängig davon gewährt werden, ob die Ausführung oder Nachbildung des Musters oder Modells in dem Gebiete des einen oder des andern Teils erfolgt. Bisher ging der deutsche Urheber seines Musterschutzes in Dänemark verlustig, wenn er den geschützten Gegenstand dort nicht einschloß.

Das Gesetz betr. Heranziehung der preuß. Beamten zur Gemeindeeinkommensteuer wird jetzt amtlich bekanntgegeben. Danach werden sämtliche Staatsbeamten, Elementarschule und die bisher von der Gemeindesteuer ausgenommenen Kirchendiener von nun an wie alle anderen Personen zur Einkommesteuer herangezogen, jedoch mit der Einschränkung, daß von ihnen nur Zuläge bis zu 125 Prozent der Staats-Einkommensteuer erhoben werden dürfen. Diese Einschränkung besteht sich natürlich nicht auf das Privat-Einkommen. Das sogenannte Sievervorrat bleibt also in Preußen nur noch für die Militärpersonen in Bezug auf ihre Gehaltsbezüge bestehen, sowie für alle Beamten, Elementarschüler usw., die schon vor dem 1. April 1909 angefeuert sind.

In einigen Teilen der Provinzen Westpreußen und Polen ist jetzt durch eine Verordnung die Zusetzung einer Verwaltungsgrenze für landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Grundstücke eingeführt worden. Die Handhabung des Gesetzes liegt in den Händen der Oberpräsidenten der beiden Provinzen.

Österreich-Ungarn.

Zum Schutz gegen Grenzüberschreiter

und startete mit dem Ausdruck angstvollen Schreckens und bangen Staunens zu dem hohen, schlanken Mann herüber, der aus dem Dunkel des Richterwölkchens ihr entgegenstrahlte.

Mit einem leisen Weinen erhob sie sich und streckte die Hand wie abwehrend gegen ihn aus. Sie wollte fliehen, doch ihr Fuß blieb wie angewurzelt auf derselben Stelle; sie wollte trennen, aber ihre Seele war wie mit elerner Gewalt zusammengeschmiedet. Da rief abermals der Name ihres Namens ihr Ohr; sie fühlte ihre Hand erschau und sich mit sanfter Gewalt wieder auf die Bank niedergelehnzt.

Nora, süßes, heißgeliebtes Mädchen, du willst von mir geben?

Diese Worte gaben ihr die Besinnung wieder; rasch zog sie ihre Hand zurück:

„Ich verstehe Sie nicht, Herr Körner. Sie irren. Ich jedenfalls, und ich kann Sie nur erfüllen, mir den Weg nach Hause frei zu geben.“

Herr und abweisend klung die Worte von den trockenen Lippen des jungen Mädchens; aber auf den ernsten Mann an ihrer Seite läbten sie keine Wirkung, im Gegenteil, er hielt ihre Hand nur um so fester in der seinen und seine Stimme blieb mild und weich, als er erwiderte:

„O Nora, soll der Kampf noch immer nicht beendet sein, der und jahrelang unter Glück vornehm? Nicht als Oskar Körner, nein als Oskar Bredau sieh ich abermals vor dir und siehe wie damals deine Liebe, süße Hand und siehe dich an, wie damals: Nora, ich habe dich unausprechlich lieb; werde endlich endlich mein!“

Wie aus einem höhen, qualvollen Raum erwachend, fuhr das junge Mädchen empor

und starrte mit dem Ausdruck angstvollen Schreckens und bangen Staunens zu dem hohen, schlanken Mann herüber, der aus dem Dunkel des Richterwölkchens ihr entgegenstrahlte, um leider im nächsten Moment dem Ausdruck stiefelnd Schmerzes zu weichen:

„Herr Körner,“ wiederholte sie nochmals mit ionosfer Stimm, „ist es edel von Ihnen, jetzt mit mir zu sprechen, wo sich alle Verhältnisse so gänzlich geändert haben? O, wie dankbar war ich Ihnen, als Sie mir bei unserm ersten Begegnen hier ganz fremd entgegentrat, als keine einzige Ihrer Mielen ein Erstaunen oder Wiedererkennen verriet. Glauben Sie vielleicht, daß Sie mir gegenüber deshalb, weil ich sie immer von hier schaue, ein Wort der Erklärung läudeten? Das ist, bei Gott, nicht nötig. Unrecht, furchtbar unrecht ist es aber von Ihnen, daß Sie mir gegenüber von einem Gesicht sprechen, das nur Ihrer Braut gehören darf. Dort drinnen im Herrenhaus lassen Sie alles zum Empfang Ihrer künftigen Frau herrschen, und mir gegenüber erklären Sie sich, daß Wort Liebe auszu sprechen! Das ist die unerträgliche Rache, die Sie im Leben gegen mich ausüben könnten! Und nun nochmals, geben Sie den Weg frei; ich will nach Hause!“

Wohin verzerrt sich Ihre Gedanken, Nora?“ entgegnete uns Älterer ernt. „Wie können Sie mir antworten, daß ich Ihnen gegenüber von den heiligen Geschichten eines Menschenherzens sprechen könnte, wenn ich ein andres Mädchen meine Braut nennen würde? Ich gehöre nicht zu jenen Menschen, denen die Liebe ein bloßes Spiel, ein launige Abwechslung ist.

ungen an der italienischen Grenze wird demnächst eine neue österreichische Grenzschutztruppe in der vorläufigen Stärke einer Truppkompanie aufgestellt.

Frankreich.

Der frühere Präsident der französischen Republik, Roubet, wird im Herbst einer Einladung des Königs Edward nach England folgen. Roubet, der mit dem jetzigen Präsidenten Fallières im besten Einvernehmen steht, wird am englischen sowie am spanischen Hofe wegen seines gefundenen Urteils und seiner reichen Erfahrung sehr geschätzt.

Die Deputiertenkammer hat mit 453 gegen 61 Stimmen die vom Senat bereits bewilligte bedeutende Ergänzungsfrede für Marokko zu den Etagen 1908 und 1909 angenommen.

England.

König Edward trifft am 15. August in Marienbad ein.

Die Bewegung gegen den Baronen besuch in London hat solchen Umsatz und solche Formen angenommen, daß nun auch das Unterhaus sich damit beschäftigen mußte. Auf eine Anfrage an den Generalstaatsanwalt, ob eine Aufmerksamkeit auf die Artikel gelenkt werden sei, in denen vor Kurzem bei Bezeichnung des herannahenden Besuchs des russischen Kaisers zur Ermordung des Baronen angeregt worden sei, und welche Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden würden, erwiderte der Generalstaatsanwalt, die Artikel seien von höchst kriminalem Charakter; aber im Hinblick auf den herannahenden Besuch des russischen Kaisers halte es die Regierung nicht ratsam oder nötig, jetzt oder überhaupt irgendwelche Mitteilung über die Schritte zu machen, welche gegen die verantwortlichen Personen zu unternehmen seien.

Italien.

In der Deputiertenkammer erklärte in Beantwortung einer Anfrage wegen der türkisch von den preuß. Regierung erlassenen Verordnung betr. Ausweiskarten für italienische Arbeiter, der Minister des Innern, Tittoni, der italienische Botschafter in Berlin habe im Auftrage der italienischen Regierung eine Erklärung überreicht, in der ausdrücklich Verwahrung gegen die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung zum Ausdruck gebracht werden sei. Minister Tittoni bemerkte dazu, die Verordnung sei nur in Preußen, Sachsen und einigen kleineren Staaten in Kraft. Die Forderung einer einfachen Ausweiskarte halte er für gesetzmäßig; aber eine Steuer von zwei Mark für die Ausgabe dieser Karte zu verlangen, sei nicht gesetzmäßig, und ebenfalls nicht gerechtfertigt, sei die Vollziehung der Ausweiskarte, die denjenigen Arbeitern angedroht sei, die ihren Arbeitsvertrag brechen.

Amerika.

Auch in den Vereinigten Staaten wächst die Bewegung für das Frauenwahlrecht immer mehr. Eine Führerin erklärte dieser Tage auf dem Frauentreffen in New York, man müsse die Mitglieder der gezeigenden Körperschaften, die gegen das Frauenwahlrecht stimmen, aufzufinden und dafür sorgen, daß diese Männer nicht wiedergewählt werden. Wie in England, veranstalten auch die amerikanischen Frauenrechtslerinnen Streikverbündungen und dergleichen.

Afrika.

Der Sultan Muley Hassib von Marokko hat, wie jetzt als sicher angenommen werden kann, seinen jüngeren Bruder Muley Mohammed vergiftet lassen. Die auf Bruder Muley Hassib erfolgte Vergiftung seines Bruders wird damit begründet, daß Muley Mohammed beabsichtigt habe, dem abgelegenen Sultan Abd el-Kazis wieder zum Throne zu verhelfen. Im übrigen ist die Lage im Scharifentheatre noch wie vor sehr ernst, da sich die Zahl der Wideracher Muley Hassib verständig vermehrt.

Asien.

Der Shah von Persien hat das neue Wahlgesetz wieder zurückgewiesen,

nachdem er sich überzeugt hat, daß die Deputierten

mit allen bisher gegebenen Rechten unzufrieden ist. Diese Maßnahme des Shahs wird jedoch die Lage nur verschärfen, denn abgesehen davon, daß sie einen Vorwand gegenüber England und Russland bedeutet, werden nun die Revolutionäre eine doppelt eifige Tätigkeit entfalten.

Zur Lage.

Bemerkenswert sind die Aussführungen eines herausragenden Mitgliedes der konservativen Reichstagsfraktion über die Lage. „Was die einzelnen Steuern anbetrifft, so sind Rothenauersteuer und Mühlensteuer alte konservative Forderungen, die in vielerlei Bezeichnungen des Reichstags von uns vertreten worden sind. Ob die konservative Fraktion gezeigt wäre, davon Abstand zu nehmen, das läßt sich in diesem Augenblick schwer sagen. Die Entscheidung darüber würde wohl im wesentlichen davon abhängen, welche

Erlaubsteuern an ihrer Stelle regierungsetätig geboten werden würden.

Die Rotierungsteuer wird von den Konservativen, wenn man einzelne Däten, die darin liegen, beachtet, ihrem Grundgedanken nach für eine gute Steuer gehalten. Das Mühlensteuer ist im dem Kurs unserer Reichs- und Staatspapiere im Vergleich zu dem Kurs von Papieren anderer Staaten, die nicht dieses wirtschaftliche Aufschwung und die wirtschaftliche Kraft zeigen wie Deutschland, ist doch so offenbar, daß es durchaus berechtigt ist, wenn durch eine Vorzugsstellung der Staatspapiere gegenüber anderen Wertpapieren die ehrliche Absicht gemacht wird, diese Anlagepapiere in ihrem Aufschwung zu haben.

Wenn die Reichsregierung die ehrliche Absicht hat, die Finanznot des Reiches zu beenden, so sollte sie nicht zu vorsichtig sein und ihre

Vorbeurteilungen nicht überspannen.

Würde sich dann später herausstellen, daß die eine oder die andre Steuer volkswirtschaftlich nicht wirkt, so würde sich jedenfalls im Reichstage immer eine Möglichkeit finden, sie abzuändern oder nötigenfalls auch aufzuheben und die erforderlichen Erlaubsteuern, wenn es nicht gerade die

Erbansfallssteuer

sein sollte, zu bewilligen. Daß die verbündeten Regierungen die Erbansfallssteuer noch einmal einbringen, ist kaum anzunehmen. Eine solche Verständnislosigkeit ist der Regierung nicht zugetragen.

Was die Frage der

Reichstagsauslösung

betrifft, so steht die konservative Partei auf dem Standpunkt, daß zurzeit eine solche wohl wenig angebrachte erscheinen dürfte. Die Konservativen würden ihren Bestand im großen und ganzen zu wahren wissen. Die Elemente, die sich gegen die Haltung der Fraktion in der Gewerbesteuerangelegenheit ausgesprochen haben, sind doch nur recht kleine Kreise, die allerdings recht viel von sich reden machen. Aber das Gros der Wählerkreise, die konservativ sind, wird von diesen ganzen Agitationen außerordentlich wenig berührt und wird zweifellos nicht die geringste Reaktion zeigen, dem Namen des Hanabundes zu folgen. Die Kosten des Verfahrens würden sicherlich die Nationalliberalen. Die Freiämmer würden das, was sie an die Sozialdemokraten verlieren, sich von ihren Nachbarn zur Rechten wieder holen.

Die Reichstagsauslösung würde jedenfalls das Scheitern der Finanzreform auf absehbare Zeit zur Folge haben.

Es ist unzureichend, daß unter den leitenden Staatsmännern Wirtschaftspolitiker genug sein werden, um nicht aus einer begreiflichen Missstimmung heraus zu einem so unangenehmen Mittel zu greifen. Der Reichskanzler dürfte sicherlich den Spiegel in der Hand der Taube auf dem Dache vorziehen.“

Mein Herz würde es nie lernen, heute für dieses, morgen für jenes Weinen zu schlagen. Wahre und innig lieben kann ich nur einmal im Leben, und wenn diese Liebe gehört, daß hätten Sie nun seit schon vielen Jahren wissen können. O, Nora, als ich damals aus Ihrem Vaterhaus fortsteile, Tod und Verzweiflung im Herzen, da koste ich es würde mir gelingen, Ihr Bild aus meiner Erinnerung zu bannen, und es könnte noch eine Zeit kommen, wo ich vergesslich lernen würde. Ich arbeitete mit dem Aufgebot aller meiner Kräfte, — jedoch umsonst! Im Wachen und im Träumen sah ich Ihr leuchtendes Auge, hörte ich den süßen Ton Ihrer Stimme. Ich hörte mich selbst einen mahnenden Toren, der mit einem Lustgebilde ringt: „Sie liebt dich nicht, sie hat dich ja verloren.“ Dies lagte ich mit tausend und abartendemal; jedoch ist oft ich mir dies lagte, lauchte wie ein Höfungsstern in meiner Erinnerung ein leuchtender, intensiver Blick jener schönen Mädchenaugen auf, der mich einst einen Augenblick lang getroffen und in dem ein ganzer Himmel gelegen hatte. Dreimal rief mir dann eine innere Stimme zu: „Verzeige nicht, die goldenen Augen Ihrer Umgebung haben Ihr freies Denken eblendet, doch die Zeit wird kommen, wo der Schimmer des Glanzgoldes aufhören und das wahre Gold ihres Herzens zur Geltung kommen wird.“ Und sieh du, Nora, ich habe gesprochen, jahrelang geworben; meine zuherigen Verhältnisse hatten sich indessen geändert, ich war ein freier, unabhängiger Mann geworden und hatte lange, lange Zeit in der Fremde zugebracht. Keine

Wandlungen des Glückes.

22) Roman von Luise Voigt.

1898.